

262284-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen der allgemeinen öffentlichen Verwaltung – BAW 01/2026 GBB Soft ++

OJ S 75/2026 17/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

E-Mail: ausschreibung@baw.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: BAW 01/2026 GBB Soft ++

Beschreibung: Die Software GBBSOFT – das Vorläuferprogramm zu GBBSOFT+ – zur Bemessung von Böschungs- und Sohlensicherungen an Binnenwasserstraßen wurde im September 2008 für die Anwendungsfälle, die durch Regelbauweisen nicht abgedeckt sind, zur Anwendung im Geschäftsbereich der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) vorgegeben. In den Jahren 2015 und 2016 fanden umfangreiche Weiterentwicklungen statt, die in der heute genutzten Version GBBSOFT+ umgesetzt wurden. Die Software GBBSOFT+ wird aktiv von weniger als 100 Nutzern im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie von Ingenieurbüros und Universitäten genutzt. Die Software GBBSOFT+ wird stetig weiterentwickelt, um dem jeweils aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zu genügen. Der Bedarf nach Weiterentwicklung von GBBSOFT+ entsteht im Wesentlichen durch die Berücksichtigung von Forschungsarbeit, im Rahmen derer von der BAW in unregelmäßigen Zeitabständen u. a. zusätzliche, neue Berechnungsverfahren entwickelt werden, die die bestehenden ergänzen oder sogar ersetzen. Diese müssen in GBBSOFT+ implementiert bzw. angekoppelt werden. Die BAW möchte Leistungen für Service und Weiterentwicklung der Software GBBSOFT+ vergeben. Gegenstand der Ausschreibung sind Leistungen für folgende Aktivitäten und Produkte für einen Zeitraum von 48 Monaten: 1) Unterstützungsleistungen bei dem Betrieb der Software GBBSOFT+ wie z.B. Hotline Support, Betreuung der Nutzergruppe, Anforderungs- und Änderungsmanagement und 2) Weiterentwicklung der Software GBBSOFT+, wie z.B. Softwareentwicklung zur Berücksichtigung neuer Funktionen und Softwareentwicklung zur Anpassung an neue Betriebsumgebungen gemäß der Leistungsbeschreibung. Unter Beachtung dieser Rahmenbedingungen wird der Aufwand für die Weiterentwicklung der Software GBBSOFT+ im Rahmen der jetzt ausgeschriebenen Leistungsperiode von vier Jahren auf maximal 2400 Personenstunden geschätzt. Der AN hat keinen Anspruch auf vollständigen Abruf dieser Leistungen durch die BAW. Der Mindestabruf liegt bei 160 Personenstunden pro Jahr. Wenn das Maximalvolumen abgerufen wurde, endet das Vertragsverhältnis automatisch.

Kennung des Verfahrens: 1f90264a-8028-4303-a0d5-ae90f372c9b9

Interne Kennung: BAW 01/2026 GBB Soft +

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75110000 Dienstleistungen der allgemeinen öffentlichen Verwaltung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kußmaulstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76187

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), - Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch i.V.m. § 335a StGB (ausländische und internationale Beschäftigte), - Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr (Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Betrug: Betrug (§ 263 StGB) und Subventionsbetrug (§ 264 StGB), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. - Betrug (§ 263 StGB), - Subventionsbetrug (§ 264 StGB), - Kreditbetrug (§ 265b StGB), - Untreue (§ 266 StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), - Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b StGB). - Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB), - Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) - Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b StGB), siehe hierzu Formblatt 133 /333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB) oder Anstiftung oder Beihilfe zur - Terrorismus-finanzierung (§ 26 bzw. §27 i.V.m. § 89c StGB), - Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden (sollen), eine schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen, - Geldwäsche (§ 261 StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB), - Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es wird erklärt, dass

- keine Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden könnte, - keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung dieses Vergabeverfahrens einbezogen war bzw. eine denkbare Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren beseitigt werden kann, - das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und keine mangelhafte Erfüllung zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, - das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat und dass es in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, - das Unternehmen a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, und c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), - Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Beantragte, laufende Insolvenzverfahren oder vergleichbares eröffnet wurde, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Sofern nachfolgend nicht anders angegeben, erkläre(n) ich /wir, dass weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden bin/sind/ist und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist:- Diebstahl (§ 242 StGB), - Unterschlagung (§ 246 StGB), - Erpressung (§ 253 StGB), - Betrug (§263 StGB), - Subventionsbetrug (§ 264 StGB), - Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB) - Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a Abs. 1, 2 und 4 StGB), - Urkundenfälschung (§ 267 StGB), - Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), - Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugeschädigung (§ 319 StGB), - Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324,324 a StGB), - unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), -illegale Ausländerbeschäftigung (§ 404 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 3 SGB III), die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Zahlungsunfähigkeit: Liquidation muss vorliegen, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: BAW 01/2026 GBB Soft +

Beschreibung: Die Software GBBSOft – das Vorläuferprogramm zu GBBSOft+ – zur Bemessung von Bö-schungs- und Sohlensicherungen an Binnenwasserstraßen wurde im September 2008 für die Anwendungsfälle, die durch Regelbauweisen nicht abgedeckt sind, zur Anwendung im Ge-schäftsbereich der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) vorgegeben. In den Jahren 2015 und 2016 fanden umfangreiche Weiterentwicklungen statt, die in der heute genutzten Version GBBSOft+ umgesetzt wurden. Die Software GBBSOft+ wird aktiv von weniger als 100 Nutzern im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie von Ingenieurbüros und Universitäten genutzt. Die Software GBBSOft+ wird stetig weiterentwickelt, um dem jeweils aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zu genügen. Der Bedarf nach Weiterentwicklung von GBBSOft+ entsteht im Wesentlichen durch die Berücksichtigung von Forschungsarbeit, im Rahmen derer von der BAW in unregelmäßigen Zeitabständen u. a. zusätzliche, neue Berechnungsverfahren entwickelt werden, die die bestehenden ergänzen oder sogar ersetzen. Diese müssen in GBBSOft+ implementiert bzw. angekoppelt werden. Die BAW möchte Leistungen für Service und Weiterentwicklung der Software GBBSOft++ vergeben. Gegenstand der Ausschreibung sind Leistungen für folgende Aktivitäten und Produkte für einen Zeitraum von 48 Monaten: 1) Unterstützungsleistungen bei dem Betrieb der Software GBBSOft+ wie z.B. Hotline Sup-port, Betreuung der Nutzergruppe, Anforderungs- und Änderungsmanagement und 2) Weiterentwicklung der Software GBBSOft+, wie z.B. Softwareentwicklung zur Berücksichtigung neuer Funktionen und Softwareentwicklung zur Anpassung an neue Betriebsumgebungen gemäß der Leistungsbeschreibung (Anlage 8). Die BAW geht davon aus, dass sie im Rahmen der Weiterentwicklungsleistungen mindestens 20 Personentage pro Jahr, maximal aber 300 Personentage pro Jahr abfordern wird. Die Bieter geben ihr Angebot auf im Leistungsverzeichnis (Preisblatt) aufgeführten Positionen (Formblatt 342 L, Anlage 9) ab. Auf dieser Grundlage erfolgt die Wertung. Vergütet werden ausschließlich die tatsächlich abgeforderten Leistungen. Weitere Einzelheiten sind der Leistungsbeschreibung (Anlage 8) zu entnehmen.

Interne Kennung: BAW 01/2026 GBB Soft +

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75110000 Dienstleistungen der allgemeinen öffentlichen Verwaltung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kußmaulstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76187

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/06/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/05/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot soll das Formblatt 133 (Anlage 4) sowie die Anlage 4a befüllt werden. Referenzen zum Nachweis der Bildungs- und Berufsqualifikation sind hier einzutragen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot soll das Formblatt 133 (Anlage 4) sowie die Anlage 4a befüllt werden. Referenzen zum Nachweis der Eignung: Die Referenzen sollen nicht älter als drei Jahre sein und abgeschlossen sein bzw. mind. 80% der Leistung aktuell erbracht sein.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sollen die Bieter möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bietergemeinschaft von jedem Mitglied): a) Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine zwingenden Ausschlussgründe im Sinne des § 123 GWB vorliegen; b) Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine fakultativen Ausschlussgründe im Sinne des § 124 GWB vorliegen; c) Eigenerklärung über die Eintragung in ein Berufsregister (Handelsregister oder Handwerksrolle oder ein vergleichbares Register des Herkunftslandes). Die Bieter geben die vorgenannten Erklärungen durch Ausfüllen und Einreichen des Formblattes „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 133/333b-L/F) ab, welches ihnen via e-Vergabepattform zur Verfügung gestellt wird.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sollen die Bieter möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied): Eigenerklärung mit Angabe der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Unternehmens und der Zahl seiner Führungskräfte für die letzten 3 Jahre; Die Bieter geben die vorgenannten Erklärungen durch Ausfüllen und Einreichen des Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 133 /333 b-L/F) ab, welches ihnen via eVergabe-Plattform zur Verfügung gestellt wird.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot sollen die Bieter möglichst folgende Unterlagen vorlegen. Bei Bietergemeinschaften ist es ausreichend, wenn nur ein Mitglied der Bietergemeinschaft die Unterlagen einreicht. a) Eigenerklärung mit Angabe der Gesamtumsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, möglichst durch Jahresabschluss und Prüfberichte belegt; b) Eigenerklärung mit Angabe der Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre mit Leistungen, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind. Die Bieter geben die vorgenannte Erklärung durch Ausfüllen und Einreichen des Formblattes „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 133/333 b-L/F) ab, welches ihnen via eVergabe-Plattform zur Verfügung gestellt wird.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/05/2026 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=849527>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=849527>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 15/05/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 1 Monat

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Fehlende Bieterunterlagen können nicht nach Fristablauf nachgereicht werden.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/05/2026 09:01:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Der Auftragnehmer verpflichtet sich, prüffähige und elektronische Rechnungen zu stellen. Die Zahlung erfolgt 30 Tage nach Erhalt der prüffähigen, elektronischen Rechnung und erfolgreicher Abnahme der jeweiligen Leistung. Gemäß der E-Rechnungs-Verordnung des Bundes sind Rechnungssteller zur elektronischen Rechnungsstellung verpflichtet. Hierfür ist die OZG-RE (Onlinezugangsgesetz-konforme Rechnungseingangsplattform) zu nutzen. Informationen über den zu verwendenden Standard XRechnung erhalten Sie unter <https://xeinkauf.de/xrechnung/>. Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbaren, dass Rechnungen, die nicht elektronisch gestellt werden, keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB begründen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Bundeskartellamt Vergabekammern des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Einlegung von Rechtsbehelfen richtet sich nach den Vorschriften der §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB spätestens

15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Die zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren ist das Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Bundeskartellamt Vergabekammern des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Organisation, die Angebote bearbeitet: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Registrierungsnummer: Leitweg-ID 991-04361-66

Abteilung: Zentraler Service - Vergabestelle

Postanschrift: Kußmaulstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76187

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: ausschreibung@baw.de

Telefon: 0721 9726 5180

Internetadresse: <https://www.baw.de/de/home/home.html>

Profil des Erwerbers: <https://www.baw.de/de/home/home.html>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: Leitweg ID: 991-02380-92

Abteilung: Überprüfungsstelle Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt Schlichtungsstelle

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: 022894990
Fax: 02289499163
Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Home/home_node.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt
Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

7616e390-268b-49db-8bc2-1c0731b13d85-04

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 326ab572-2b8c-43a5-ba26-7f922e2fc7aa - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/04/2026 10:43:51 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 262284-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 75/2026

Datum der Veröffentlichung: 17/04/2026